

MARKUS MARTERBAUER: WIEN – EINE REICHE STADT WÄCHST



Markus Marterbauer leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft der AK-Wien

HOHER WOHLSTAND, DOCH ZUNEHMENDE PROBLEME DER VERTEILUNG

Die Stadt Wien liegt wirtschaftlich an der Spitze Österreichs, so wie Österreich an der Spitze der Europäischen Union steht. Dieser hohe wirtschaftliche Wohlstand findet seine Entsprechung in einem Sozialstaat guter Qualität und einem relativ hohen Lebensstandard. In dieser reichen Stadt wächst die Bevölkerung kräftig, vor allem durch Zuzug aus den Nachbarländern. Von einem hohen wirtschaftlichen und sozialen Niveau ausgehend sollten die bestehenden Probleme eigentlich relativ leicht zu bewältigen sein, sie sind allerdings durchaus fordernd: Zunehmende Ungleichheit, erhebliche Probleme in der Integrationskraft von Bildungssystem und Gesellschaft, hohe Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und viel zu intensiver motorisierter Individualverkehr. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik ist gefordert.

Ein gebräuchlicher Maßstab für den Wohlstand ist die Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf: In Österreich beträgt es zu Kaufkraftstandards 32.000 Euro, knapp ein Drittel über dem EU-Durchschnitt und der zweithöchste Wert nach „der Stadt mit Umland“ Luxemburg. In Wien wiederum liegt das Bruttoregionalprodukt je EinwohnerIn um etwa ein Viertel über dem Österreich-Durchschnitt. Das hohe Niveau des Einkommens ist sehr erfreulich, doch gibt die zunehmende Ungleichheit Anlass zu Sorge. Der Anteil der Vermögenseinkommen aus Zinsen, Dividenden sowie Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung ist über die Jahrzehnte kräftig gestiegen, diese Einkommen sind auf eine schmale Schicht an SpitzenverdienerInnen konzentriert. Gleichzeitig geht auch innerhalb der Lohneinkommen die Schere zwischen gut verdienenden Angestellten und vielen temporär, prekär oder zu schlechten Löhnen Beschäftigten auf.

In einer Wirtschaft, die über Jahrzehnte stetig Kapital akkumulieren konnte, kommt der Wohlstand besonders klar im wachsenden Vermögen der privaten Haushalte zum Ausdruck: Es lag nach der Berechnung der Universität Linz auf Basis der Daten des Household Finance and Consumption Surveys der Europäischen Zentralbank 2010 in Österreich bei 1.250 Milliarden Euro. Das ist etwa das Vierfache der jährlichen Wirtschaftsleistung und mehr als das Fünffache der Staatsschulden. In der letzten Relation kommt zum Ausdruck, dass die Volkswirtschaft keineswegs überschuldet ist;

allerdings stehen wir vor dem Problem hohen privaten Reichtums und steigender staatlicher Verschuldung.

Das hohe Niveau und der kräftige Anstieg der Vermögen der privaten Haushalte ist der erfreuliche Ausdruck wirtschaftlichen und sozialen Erfolges. Doch wie Thomas Piketty in seinem grandiosen Werk *Capital in the 21st Century* zeigt, ist in allen Ländern das Vermögen noch stärker als die Einkommen auf das oberste Prozent der Haushalte konzentriert, das oft 30 bis 40 Prozent des Vermögens besitzt. Diese Konzentration des Vermögensbesitzes zeigt sich auch in Österreich. Auf Basis der Daten der Universität Linz weist das oberste Prozent der Haushalte einen Anteil von 37 Prozent des gesamten Vermögens auf.

Finanzkrise bewirkt enormen, politisch unterschätzten Anstieg der Arbeitslosigkeit

FINANZKRISE BEWIRKT ENORMEN, POLITISCH UNTERSCHÄTZTEN ANSTIEG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Stadt hängen auch mit der von Banken, Finanzmärkten ausgelösten und einer falschen europäischen Wirtschaftspolitik massiv verstärkten Wirtschaftskrise zusammen, die noch lange nicht überwunden ist. Österreich ist im Vergleich mit anderen EU-Ländern besser durch die Krise gekommen, auch Wien hat sich gut geschlagen: Wirtschaftsleistung und Einkommen liegen bereits wieder über dem Niveau von 2007, während sie in der Eurozone noch darunter verharren. Wenn auch weniger bedrohlich als in der Europäischen Union, so kommen jedoch die beiden Hauptfolgen der Finanzkrise auch in Österreich und Wien ganz klar zum Ausdruck: Steigende Arbeitslosigkeit und steigende Staatsschulden.

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Wien, wie in Österreich insgesamt, seit 2008 um mehr als ein Drittel gestiegen. Das ist der stärkste Anstieg seit Jahrzehnten und bildet eine Quelle vielfältiger Probleme von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie eine völlig unterschätzte gesellschaftspolitische Gefahr. Dieser dramatische Anstieg der Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis von zwei Entwicklungen: Erstens, der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche seit Beginn der Finanzkrise, die in einer sehr schwachen Ausweitung der Beschäftigung zum Ausdruck kommt. Zwar hat die Zahl der Beschäftigten in Wien, wie in Österreich insgesamt, von 2008 bis 2013 um 2 ½ Prozent zugenommen, doch überwiegend im Bereich der Teilzeitbeschäftigung im Dienstleistungssektor, während Vollzeitjobs etwa in der Sachgütererzeugung verschwunden sind. Insgesamt dürfte in diesem Zeitraum das Arbeitsvolumen in Stunden kaum gestiegen sein.

Zweitens, des starken Anstiegs des Angebots an Arbeitskräften, vor allem aufgrund des regen Zuzugs aus Deutschland, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern, sowie im Fall Wiens auch aus den anderen österreichischen Bundesländern. Österreich und Wien sind attraktive Arbeitsmärkte, die viele Menschen anziehen, vor allem wenn die Einkommenserzielungschancen in den Herkunftsländern wenig attraktiv sind. Doch dabei kommt es oft zur Verdrängung älterer, teurer Arbeitskräfte durch junge, billige. Bei rasch steigendem Arbeitsvolumen wäre das kein Problem, da die Arbeitslosen dann schnell wieder Jobs in anderen Bereichen finden. Doch in einer langen wirtschaftlichen Schwächeperiode ist das nicht der Fall und die Langzeitarbeitslosigkeit steigt bedrohlich. Die Wirtschaftspolitik schenkt dem Anstieg der Arbeitslosigkeit und seiner sozialen Folgen viel zu wenig Augenmerk. Die österreichische Politik ruht sich auf der niedrigsten Arbeitslosenquote in der EU aus; ein Spitzenrang, den man zudem bald an Deutschland verlieren wird, weil dort das Angebot an Arbeitskräften geringer ist. Budgetkonsolidierung und ein angeblich drohender Arbeitskräftemangel dominieren die politische Diskussion während das wichtigste reale Problem für die Menschen in Massenarbeitslosigkeit und ihren gefährlichen Folgen besteht.

STADTSCHULDEN: INADÄQUATE REGELN GEFÄHRDEN ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Die Finanzkrise hat durch den mit der wirtschaftlichen Schwäche verbundenen Ausfall an Steuer- und Beitragseinnahmen sowie die Kosten der Bankenstabilisierung auch zu einem merklichen Anstieg der Staatsschulden geführt. In Österreich hat sich die Staatsschuldenquote seit 2008 um 20 Prozent des BIP erhöht, wenig im EU-Vergleich, doch auf ein Niveau, das langfristig nicht tragbar ist. Auch in Wien, wo zudem versucht wurde, die wirtschaftliche Lage durch eine markante Ausweitung der öffentlichen Investitionen zu stabilisieren, sind die Finanzschulden kräftig gestiegen. Daten für die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung liegen nur bis 2011 vor, sie haben sich seit 2008 auf 2.300 Euro nahezu verdreifacht und dürften auch seither weiter gestiegen sein.

Dieser Anstieg war wirtschaftlich bestimmt sinnvoll und das Verschuldungsniveau liegt auch im Österreichvergleich günstig (Schulden von Bundesländern und Gemeinden): Während der Durchschnitt der Bundesländer einen Wert von 3.200 Euro aufwies (mit 4.450 Euro in Niederösterreich und 3.900 Euro in Kärnten an der Spitze), bleibt Wien deutlich darunter. Doch die wirtschaftlich wenig durchdachten Grenzen des EU-Fiskalpakt und des innerösterreichischen Stabilitätspaktes sind sehr eng. Nicht einmal die für eine wachsende Stadt unabdingbaren Investitionen in die kommunale Infrastruktur, vom öffentlichen Verkehr, über das Bildungssystem und den Wohnbau, werden vom Nulldefizitwahn verschont. Hier gefährden falsche wirtschaftliche Ideologien die Zukunft einer Stadt und ihrer Menschen.

BEQUEME AUSGANGSLAGE WIENS, ABER AKTIVE POLITIK GEFORDERT

Trotz der vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme und Herausforderungen ist die Ausgangsposition der Stadt Wien relativ bequem. Dies beruht vor allem auf der leistungsfähigen Wirtschaft, der Errungenschaft der gut ausgebauten sozialen Dienstleistungen und dem hohen Wohlstand. Der Reichtum Wiens zeigt sich im privaten Vermögen, das trotz der Finanzkrise so hoch ist wie nie zuvor, ein Vielfaches der öffentlichen Verschuldung beträgt und extrem konzentriert ist. Im Unterschied zu vielen anderen Bundesländern und Städten in Österreich und Europa ist in Wien auch das öffentliche Vermögen hoch. Die Stadt verfügt über hohe Immobilienbestände und wertvolle Unternehmensanteile. Wahrscheinlich ist das öffentliche Vermögen sogar merklich höher als die öffentliche Verschuldung, doch bislang ist es nicht bewertet. Die solide wirtschaftliche Lage der Stadt verbessert deren Ausgangsposition in der Bewältigung der großen Probleme beträchtlich. Es zeigt auch, wie wichtig öffentliches Eigentum ist, um die finanziellen Leistungsfähigkeit zu sichern und die Versorgung mit Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen selbst in einer rasch wachsenden Stadt gewährleisten zu können.

Der Sozialstaat ist eine der wichtigsten, über Jahrzehnte erkämpften Errungenschaften. Er hat sich in der Finanzkrise bewährt und muss weiter gepflegt werden. Die Herausforderungen bestehen in der Grundversorgung aller Menschen unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Lage mit öffentlicher Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen. Das verlangt auf Basis der bestehenden erfolgreichen Modelle nach zusätzlichen Investitionen in den öffentlichen Verkehr und den sozialen Wohnbau sowie einer Sicherung der Qualität des Gesundheitswesens, des Bildungssystems, der Sozialarbeit und anderer sozialer Dienstleistungen.

Diese öffentlichen Leistungen sind auch für den Arbeitsmarkt von hoher Bedeutung. Die Beschäftigungswirkungen des Ausbaus sozialer Dienstleistungen sind unvergleichlich höher als die Ausweitung von Sozialtransfers oder von Steuersenkungen. Pro Milliarde Euro werden mit sozialen Dienstleistungen 18.000-25.000 Jobs geschaffen oder erhalten, mit öffentlichen Investitionen immerhin noch halb so viele, mit Steuersenkungen nur noch ein Viertel. Generell gilt es in dieser schwierigen

Arbeitsmarktsituation und angesichts der knappen öffentlichen Mittel, alle öffentlichen Einnahmen und Ausgaben penibel auf ihre Beschäftigungswirkung zu überprüfen und die entsprechenden Reformen der Strukturen vorzunehmen.

Bei raschem Wachstum von Bevölkerung und Arbeitskräfteangebot wächst der Druck auf Arbeitslosigkeit und Arbeitsbedingungen. Diesem Problem wird nicht ohne einer Verringerung des Arbeitskräfteangebots beizukommen sein: Neue Modelle der Arbeitszeitverkürzung müssen entwickelt werden. In den Kollektivverträgen kann dem Vorbild der „Freizeitoption“ in den Bereichen Elektor, Bergbau, Stahl gefolgt werden; Karenzmodelle vor allem zum Zweck der Weiterbildung sind auszubauen; die Anreize für Überstunden für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen müssen im Interesse der Gesundheit und der Beschäftigungswirkungen verringert werden. Zudem gilt es zusätzliche Mittel in die Qualifizierung der Arbeitskräfte zu stecken. Die Beschäftigungspolitik muss darüber hinaus die Qualität der neuen Jobs im Auge haben: Das Entstehen eines Niedriglohnssektors wie in Deutschland mit schlechter sozialer Absicherung und nicht existenzsichernden Einkommen muss verhindert werden.

Der Ausbau öffentlicher Leistungen kann auf zweifache Weise finanziert werden. Zum ersten durch die Einführung einer „goldenen Regel der Finanzpolitik“. Öffentliche Investitionen haben über Generationen hinweg positive Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung. Würden sie nur durch laufende Steuern finanziert, so zahlt die heutige Generation die gesamten Investitionskosten, während zukünftige Generationen profitieren. Eine reine Steuerfinanzierung des Ausbaus der Westbahn, des Baus von U-Bahnen, Schulzentren oder Krankenhäusern in der rasch wachsenden Stadt Wien wäre ökonomisch ineffizient. Das würde zu geringerer Investitionstätigkeit als notwendig führen. Die Finanzwissenschaft empfiehlt aufgrund dieser Zusammenhänge die Einhaltung einer „goldenen Regel der Budgetpolitik“. Darunter versteht man, dass öffentliche Neuverschuldung im Ausmaß der Höhe der öffentlichen Investitionen gerechtfertigt ist. Aufgrund der langfristig positiven Wirkungen der öffentlichen Investitionen auf die Wirtschaftsentwicklung sollen diese nicht aus dem laufenden Budget finanziert werden. Mit der Einführung einer „goldenen Regel“ auf europäischer Ebene könnten gesamtwirtschaftlich wertvolle Investitionen tätigen und so das Potential der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung stärken, ohne die grundlegenden Zielsetzungen des EU-Fiskalpakts zu vernachlässigen.

Zweitens durch die Beteiligung privater Vermögen an der Finanzierung öffentlicher Leistungen: In der Besteuerung von großen Vermögen, Erbschaften und Spitzeneinkommen besteht ein erheblicher Spielraum zum Ausbau der Infrastruktur und zur steuerlichen Entlastung der ArbeitnehmerInnen. Thomas Piketty hat zudem darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig eine Vermögenssteuer für die Erhöhung der wirtschaftlichen Transparenz, zur Regulierung des Kapitalismus und zur Sicherung von Demokratie und Freiheit ist. Dies ist das zentrale Projekt emanzipatorischer Wirtschaftspolitik.